

Ein Jahr der Reformen?

Friedhelm Hengsbach SJ

Frankfurter Neue Presse, 30.12.03,4.

Pressestimmen aus dem Ausland malen zum Jahreswechsel ein Bild von Deutschland, das die früheren Klagen über ein Land, das die rote Laterne des europäischen Nachzüglers trägt, total umkehrt. Deutschland bewegt sich. Es ist reformwillig und reformfähig.

Diesen Wandel des politischen Urteils hat die Aufbruch-Rede des Bundeskanzlers vom 14. März verursacht. Von diesem Tag an wird der so genannte Agenda-Prozess datiert. Allerdings bieten die Merkmale, die das Agenda-Verfahren bestimmen, bereits Aufschlüsse über die mangelhaften Inhalte der Agenda.

Vollmundig und ellenbogenstark beschwor der Bundeskanzler vor dem Parlament den Mut zum Aufbruch: Deutschland sollte sich bewegen und wieder an die Spitze der europäischen Länder vorrücken. Mitglieder der Fraktion und Partei, die sich gegen die sozialen Einschnitte wehrten, wurden unter Druck gesetzt und zur Zustimmung genötigt. Das Tempo der Gesetzesvorlagen und Abstimmungen ließ kaum abwägende Überlegungen zu. Zur Agenda gab es angeblich keine Alternative. Nachdem Sozialdemokraten und Grüne dem Kanzler gehorchten, war der Schulterschluss der Opposition fast unvermeidlich. So traten die bürgerlichen Parteien zum Überbietungswettbewerb um niedrig entlohnte bzw. prekäre Beschäftigung an: um schärfere Zumutbarkeit und abgesenkten Kündigungsschutz. Die Sozialdemokratie reichte den bürgerlichen Parteien beide Hände, um jene sozialen Einschnitte durchzusetzen, vor denen Helmut Kohl und Norbert Blüm noch zurückgeschreckt waren.

Das Ringen im Vermittlungsausschuss habe weder Gewinner noch Verlierer hinterlassen, sagen die Beteiligten. Das Land habe gewonnen. Doch wer ist das Land? Die grüne Erde zwischen Rhein und Oder? Die schwarz-rot-goldene Fahne? Der Zauber eines mutwillig aufbrechenden Deutschlands? Dass der Vermittlungsausschuss handlungsfähig geblieben ist, spricht für die parlamentarische Demokratie. Aber war der Preis angemessen?

Den Durchbruch in der Nacht erzielte wohl eine Arbeitsgruppe aus $4\frac{1}{2}$ Parteivorsitzenden, drei Ministerpräsidenten und einem Fraktionsvorsitzenden, die nicht dem Ausschuss angehören. Das starke Gewicht der Parteien sowie die Parteienkonkurrenz haben offensichtlich die Vermittlung zwischen Bundestag und

Bundesrat überlagert. Dazu hat ein Rechenfehler der Experten im nächtlichen Marathon den monatelangen politischen Streit innerhalb der Parteien und zwischen ihnen zu einem Dorftheater verkommen lassen.

Verdient die Agenda den Namen: „Reform“? Das Reformspektakel überwog. Jahrhundertwerke wurden verheißen, endeten jedoch in Reparaturen auf dem Verschiebebahnhof. Entlastungen wurden angekündigt, aber die Lebenslagen der schwächeren Gesellschaftsmitglieder verschlechtert. Die politische Klasse entriss Arbeitslosen, Kranken und Armen einen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum und verteilte ihn unter sich. Dies als sozial gerechte Reform zu deklarieren, grenzt schon an sozialdemokratischen Zynismus.

Dass eindeutige Verlierer im Ring zurück bleiben, ist offenkundig: diejenigen, denen der Kündigungsschutz entrissen wird, oder die durch Arbeitsangebote, die bisher als unzumutbar galten, in eine Abwärtsspirale der De-Qualifikation getrieben werden. Die Rentnerinnen und Rentner, die zu einem Einkommensverzicht genötigt werden, der bei den Beitragszahlenden keine höhere Konsumneigung und folglich kein wirtschaftliches Wachstum auslöst. Außerdem die Kranken und Versicherten, die zur Kasse gebeten werden, ohne dass sie die Steuerungsfehler des Gesundheitssystems beeinflussen können. Die Kommunen, die mit dem leeren Versprechen einer Gemeindefinanzreform abgefunden werden. Und schließlich die erwerbstätige Bevölkerung, die zusehen muss, wie ein Teil des von ihr erarbeiteten Bundesvermögens in die Kassen privater Anteilseigner fließt.

Was als Reform propagiert wurde, ist die Deformation der Solidarität: Gesellschaftliche Risiken wurden individualisiert. Ihre Absicherung wurde auf die private Vorsorge abgewälzt. Grundrechtsansprüche wurden in private Tauschverhältnisse überführt. Ein weiterer Schritt in die Polarisierung der Gesellschaft ist vollzogen. Zusätzliches Wachstum und zusätzliche Beschäftigung dagegen erzielt die Kanzler-Agenda nicht.